

Ein Wahlgeschenk für amerikanische College-Absolventen

Joe Biden will mit einem Erlass von bis zu 20 000 Dollar pro Person den Schuldenberg abbauen, unter dem Studenten in den USA leiden

RENZO RUF, WASHINGTON

Der amerikanische Präsident Joe Biden erfüllt mit einiger Verspätung ein weiteres Wahlversprechen. Er will gegenwärtigen und früheren Studentinnen und Studenten bis zu 20 000 Dollar Schulden erlassen – Geld, das sie aufnehmen mussten, um ein College-Diplom oder weiterführende Studien an einer Universität zu finanzieren. Dies gab Biden am Mittwoch im Weissen Haus bekannt. Der Präsident begründete den Schritt mit dem Schuldenberg, unter dem in den USA viele Absolventinnen und Absolventen höherer Bildungsstätten begraben werden. Die gesamte Wirtschaft werde profitieren, wenn sich heute noch verschuldete Personen in nicht allzu ferner Zukunft ein Haus kauften oder ein Unternehmen gründeten, sagte der Demokrat.

Bis zu 43 Millionen Menschen sollen laut Zahlen des nationalen Erziehungsministeriums die Bedingungen erfüllen, die Biden an seinen Schuldenerlass knüpfen will. Das wichtigste Kriterium:

Neue Zürcher Zeitung, 26.8.2022

Der einmalige Nachlass gilt nur für Personen, die ihr Studiendarlehen vor dem 30. Juni 2022 aufgenommen haben und deren Kredite sich heute im Besitz der öffentlichen Hand befinden.

Auch will das Weisse Haus mithilfe einer Einkommensobergrenze von 125 000 Dollar pro Jahr für Einzelpersonen und 250 000 Dollar für Ehepaare sicherstellen, dass von diesem Wahlgeschenk primär Familien der Mittelklasse und aus der Arbeiterschaft profitieren. Das Weisse Haus geht davon aus, dass gegen 47 Prozent aller Betroffenen durch die Aktion Bidens von ihren Schulden befreit werden.

Unklarheit über Kosten

Offen ist, wie viel Geld diese Anweisung Bidens den amerikanischen Staat kosten wird. Vorsichtige Schätzungen gehen von 300 Milliarden Dollar aus. Die Administration weist diese Schätzungen aber als falsch zurück. Zum einen sei unklar, wie viele Personen in der Praxis die Chance ergreifen würden,

sagte Susan Rice, innenpolitische Beraterin Bidens, vor den Medien im Weissen Haus. Andere Berater sagten zudem, die Kostenschätzungen blendeten aus, dass unter dem jetzigen System Millionen von Kreditnehmern nie in der Lage sein würden, ihre Schulden vollständig zurückzubezahlen.

Befürchtungen führender Ökonomen, der Schuldenerlass werde die Inflation weiter anfeuern, liess das Weisse Haus nicht gelten. Die Kommunikationschefin Kate Bedingfield wies in Fernsehinterviews darauf hin, dass Ende Jahr die Stundung für die Rückzahlung von Studiendarlehen endgültig ablaufe, die zu Beginn der Coronapandemie in Kraft getreten war. Millionen von Menschen müssten deshalb ab Januar 2023 wieder monatlich Geld ans Bildungsministerium überweisen, um ihre Kredite abzustottern. Die Rede ist von Zahlungen in Höhe von 4 Milliarden Dollar pro Monat. Unter dem Strich würden sich die beiden Massnahmen deshalb gegenseitig aufheben, sagte Bedingfield.

Viele Republikaner reagierten dennoch mit scharfer Kritik auf die Ankündigung Bidens. Der Schuldenerlass sei fundamental unfair, weil davon bloss diejenigen Menschen profitierten, die ein College besucht hätten, sagte die Abgeordnete Virginia Foxx. Der hochrangige Senator Mitch McConnell nannte die «sozialistische» Entscheidung Bidens eine Ohrfeige für jede amerikanische Familie, die Opfer erbracht habe, damit ein Familienmitglied eine höhere Bildungsstätte habe besuchen können. Auch würden Amerikanerinnen und Amerikaner bestraft, die ihre Studiendarlehen zurückbezahlt hätten.

Demokraten fordern Reform

Einige Parteifreunde Bidens wiederum applaudierten dem Präsidenten zwar, liessen aber verlauten, der Schuldenerlass gehe nicht weit genug. Sie forderten eine vollständige Reform der Art und Weise, wie höhere Bildungsstätten in Amerika finanziert werden. Gegenwärtig soll sich der Schulden-

berg, den alle College-Absolventen angehäuft haben, auf 1,75 Billionen Dollar belaufen.

Der linke Senator Bernie Sanders, der 2020 im Vorwahlkampf der demokratischen Präsidentschaftsbewerber eine Streichung aller Studiendarlehen gefordert hatte, nannte die Ankündigung des Präsidenten «eine grosse Sache». Er erneuerte aber seine Forderung, die Studiengebühren für öffentliche Colleges und Universitäten vollständig abzuschaffen. Im reichsten Land der Welt sollte es jedem Menschen möglich sein, eine gute Ausbildung zu erhalten, ohne Schulden zu machen, teilte Sanders mit.

Offen ist, ob die Ankündigung Bidens vor Gericht Bestand haben wird. In ersten Reaktionen bezeichneten einige Juristen das rechtliche Gerüst der Regierung, mit dem der Schuldenerlass begründet wird, als wackelig. Weil aber am Mittwoch noch viele Details des Schuldenerlasses unklar waren, bleibt vorerst offen, ob eine Klage Erfolg haben könnte.